

ecke köpenicker

nr. 1 – märz 2025

Zeitung für das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt *Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.*

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung



WELCHE ECKE?



Die Luisenstadt hat bekanntlich viele interessante Ecken. Aber wo wurde diese Ecke aufgenommen? Wenn Sie den Ort wissen, schreiben Sie uns die Lösung und vergessen bitte auch nicht Ihre Post-Adresse! Denn unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir wieder einen Büchergutschein der Buchhandlung am Moritzplatz.

Schicken Sie uns Ihre Antwort per Post an: Ulrike Steglich c/o Ecke Köpenicker, Elisabethkirchstr. 21, 10115 Berlin oder per Mail an: ecke.koepenicker@gmx.net. Bitte vergessen Sie auch die Absenderadresse nicht! Einsendeschluss ist Montag, der 14. April 2025.

Unser letztes Bilderrätsel zeigte ein Mosaik in der Köpenicker Straße kurz vor der Ecke Michaelkirchstraße. Gewonnen hat Steffen Strandt – herzlichen Glückwunsch! Der Gutschein wird Ihnen per Post zugesandt.

Höhere Einkommensgrenzen für WBS

Der Senat hat Anfang Januar 2025 die Verordnung über die Abweichung von den Einkommensgrenzen im Sozialen Wohnungsbau nach § 9 des Wohnraumförderungsgesetzes (WoFG) aktualisiert. Damit werden die 2023 überarbeiteten Wohnungsbauförderungsbestimmungen für den Neubau (WFB 2023) und die aktualisierte Genossenschaftsförderung berücksichtigt.

Neu ist seit 2023, dass ein Teil der zukünftig fertiggestellten Sozialwohnungen von Haushalten mit einem Einkommen bezogen werden können, das die Einkommensgrenze um 120 Prozent überschreitet. Dies wird als »WBS 220« bezeichnet. Daneben gibt es noch den WBS 140, 160 und 180 (jeweils bei Einkommen von 40%, 60% oder 80% über den festgelegten Einkommensgrenzen). Damit reagiert die Senatsverwaltung für Stadtent-

wicklung, Bauen und Wohnen auf den Umstand, dass es auch eine Versorgungslücke von Wohnungsneubau im mittleren Preissegment gibt und auch Menschen mit mittleren Einkommen kaum noch eine für sie bezahlbare Wohnung finden. Mit der Änderung der Wohnungsbauförderbestimmungen werden rund 60 Prozent der Berliner Haushalte berechtigt sein, einen WBS zu beantragen.

Das bedeutet allerdings nicht, dass man damit auch schneller eine Wohnung bekommt, denn Berlin hat noch immer ein akutes Defizit an Sozialwohnungen mit begrenzten Mieten. Im Gegenteil wächst damit die Konkurrenz um Sozialwohnungen auf dem Mietmarkt.

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.turmstrasse.de/team/stadtteilzeitung

INHALT

Seite 3 Bürgerversammlung zum Umbau der Adalbertstraße

Seite 4 Parkplatzmangel am Michaelkirchplatz?

Seite 5 Wasserqualität im Engelbecken

Seite 6 Spreeufer + Nachrichten

Seite 7 »Jaho« am Spreeufer

Seite 8 Veranstaltungen im Gebiet

Seite 9 Vor 80 Jahren: Feuersturm in der Luisenstadt

Seite 10 Historische Kolumne

Aus dem Bezirk Mitte:

- **Seite 11** Schulwegsicherheit im Bezirk
- **Seite 12** Migration: Ohne geht's nicht
- **Seite 13** Bezirksnachrichten
- **Seite 14** Ausgleichsbeträge im Sanierungsgebiet: Was ist das?

Seite 15 Gebietsplan und Adressen

Seite 16 Eckensteher

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, ecke.koepenicker@gmx.net

Fotoredaktion:

Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung:

capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: Möller Pro Media

V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Elektronischer Versand

Sie möchten auf elektronischem Weg die aktuelle Zeitung als PDF erhalten? Schreiben Sie uns eine kurze E-Mail, und wir nehmen Sie in unseren Mail-Verteiler auf: eckemueller@gmx.net

Die nächste Ausgabe

der Ecke Köpenicker erscheint Ende April 2025.

Umgestaltung der Adalbertstraße

Öffentliche Infoveranstaltung am 4. April

Die grundlegende Umgestaltung der Adalbertstraße zu einem verkehrsberuhigten Bereich beginnt noch in diesem Jahr. Am 4. April präsentieren die Planer und Planerinnen des Büros »plan3 Ingenieure« erste Entwürfe zur künftigen Gestaltung der Straße – voraussichtlich im Mehrzweckraum der Grundschule Adalbertstraße. Alle Details zur Veranstaltung wie Uhrzeit und Ort werden im März auf www.luisenstadt-mitte.de bekanntgegeben.

Der Umbau der Adalbertstraße zu einem verkehrsberuhigten Bereich steht schon lange auf der Liste der Vorhaben im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Er musste aber zeitlich zurückgestellt werden, damit er nicht mit dem Neubau der Grundschule in der Adalbertstraße kollidiert. Die Straße wurde nämlich zur Belieferung der Baustelle benötigt. Gleichzeitig drängt die Zeit, denn wenn das Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt im kommenden Jahr aufgehoben wird, wäre es zu spät gewesen: Dann können keine neuen Projekte mehr aus städtebaulichen Fördermitteln finanziert werden, die an diese Gebietskulisse gebunden sind.

Seit September 2024 ist die Schule aber in Betrieb, die Planungsarbeiten für den Straßenumbau konnte ausgeschrieben werden, im November gab es ein Ergebnis: Den Auftrag erhielt das Büro »plan3 Ingenieure« mit Sitz in der Schönhauser Allee (Prenzlauer Berg). Die Planungen hätten zwar auch schon während der Bauphase des Schulneubaus beginnen können, dann wäre aber der Erfahrungsschatz der Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern- und Lehrerschaft der neuen Schule unberücksichtigt geblieben.



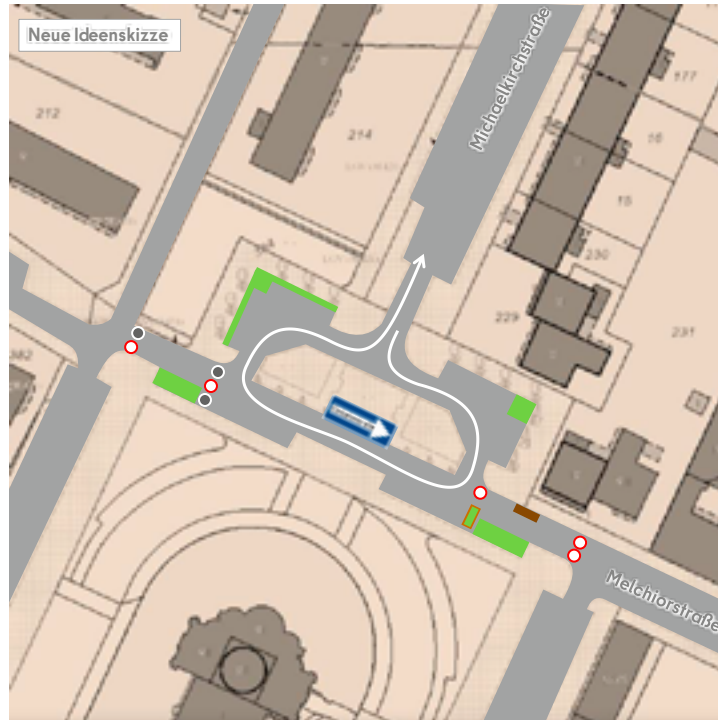
Ziel der Umgestaltung ist es, eine verkehrsberuhigte und klimaangepasste Straße mit verschränkter Straßenführung zu schaffen. Dabei können Kraftfahrzeuge die Straße nicht in einem Zug geradeaus durchfahren, sondern werden durch diverse Hindernisse dazu gezwungen, Kurven zu fahren und sich mit entgegenkommenden Fahrzeugen zu verständigen. So wird es faktisch nicht mehr möglich, größere Geschwindigkeiten zu erreichen. Parallel wird geprüft, ob die im Konzept des Straßen- und Grünflächenamtes zum »Kiezblock Nördliche Luisenstadt« vorgeschlagenen »Modalfilter« überhaupt notwendig sind: Vorgesehen ist bislang einer nördlich der Kreuzung mit der Melchiorstraße und einer an der Einmündung zum Engeldamm. Die Modalfilter bestehen aus jeweils einer Reihe von Pollern, die die Straße für Kfz versperren. Polizei und Rettungsdienste sowie die Berliner Stadtreinigung erhalten spezielle Schlüssel, mit deren Hilfe sie die Poller umklappen können.

Aktuell sind die Poller verkehrspolitisch umstritten, weil dadurch Rettungseinsätze verlangsamt werden könnten. Sie sind baulich aber nicht besonders aufwändig und können relativ leicht wieder versetzt werden. Auch ist es schon vorgekommen, dass sie systematisch von Unbefugten in Besitz eines geeigneten Schlüssels auf den Boden geklappt wurden und damit die Straßensperrung aufgehoben wurde. Will man den Verkehr in der Adalbertstraße also dauerhaft und verlässlich beruhigen, sind bauliche Maßnahmen wie die »Verschränkungen« auf jeden Fall angebracht.

Großen Einfluss hätte die Verkehrsberuhigung auch auf die Fahrwege der »Elterntaxis«, die Schülerinnen und Schüler zur Schule bringen bzw. von dort abholen. Auch für Reisebusse wäre ein Einfahren in die Adalbertstraße nicht mehr attraktiv. Sie könnten dort auch nicht mehr abgestellt werden. Das käme den Forderungen der Betroffenenvertretung der Nördlichen Luisenstadt entgegen. Vor dem »A&O-Hostel« an der Ecke Adalbert- und Köpenicker Straße stauen sich die Busse regelmäßig, weil die Herberge häufig von Schulklassen auf Berlinbesuch genutzt wird.

Der Fußverkehr soll in der Adalbertstraße zudem mehr Raum erhalten. Vermutlich werden auch Parkplätze wegfallen, was bei einigen Anwohnenden wohl auf wenig Gegenliebe stoßen wird. Außerdem sollen neue Bäume mit größeren Baumscheiben gepflanzt werden, im Gespräch sind auch Beete unmittelbar an der Stirnwand der neuen Sporthalle. Über deren monotones Betongrau ärgern sich viele in der Nachbarschaft sehr. Sie könnte dann mit Hilfe von Kletterpflanzen begrünt werden. Geklärt werden müssen zudem auch noch Fragen des Anlieferverkehrs der in der Adalbertstraße ansässigen Gewerbebetrieben.

Diskussionsbedarf gibt es reichlich, an Gesprächsstoff wird es also auf der Veranstaltung sicher nicht mangeln.



»Modalsperren« am Michaelkirchplatz

Das SGA Mitte präsentiert neue Vorzugsvariante – Protest gegen Rückbau von Parkplätzen

Über die Verhinderung des Durchgangsverkehrs durch die nördliche Luisenstadt wird schon seit Jahren diskutiert. 2025 sollen wichtige Maßnahmen in Angriff genommen werden. Dazu gehören auch Modalfilter aus Pollern, die über die ganze Fahrbahn geführt die Durchfahrt von Kfz verhindern. Konkret geplant sind sie am Michaelkirchplatz und an der Alten Jakobstraße.

Auf einer Informationsveranstaltung am 16. Dezember im Mehrzweckraum der neuen Grundschule Adalbertstraße präsentierte das Straßen- und Grünflächenamt (SGA) des Bezirks Mitte seine aktuellen Planungen. Die unterscheiden sich im Bereich des Michaelkirchplatzes deutlich von älteren Planungsvarianten. Offenbar haben sich hier die intensiven Beteiligungsprozesse des SGA ausgewirkt, das mit Hilfe einer aufwändigen wissenschaftlichen Studie und einem eigens für den Klimakiez gebildeten »Nachbarschaftsrat« in die Vollen gegangen war. Wobei man sich fragt, ob es tatsächlich zu mehr Demokratie und nicht nur zu mehr Bürokratie führt, wenn sich jedes Amt fallweise eigene Strukturen der Bürgerbeteiligung aufbaut.

Wie dem auch sei: Die Straße Michaelkirchplatz nördlich der Michaelkirche soll in der neuen Variante jetzt nicht mehr direkt am »Sechseckplatz« für den Kfz-Verkehr ge-

sperrt und zur Fußgängerzone umgestaltet werden, stattdessen werden die beiden Eckbereiche des nördlichen Abschnitts der Straße gesperrt (siehe Planzeichnung). Der südliche Zipfel der Michaelkirchstraße endet damit in einer Schleife um den besagten Sechseckplatz. Das verhindert effektiv den Schleichverkehr aus Friedrichshain über die Michaelkirchbrücke durch die Nördliche Luisenstadt nach Kreuzberg. Zwar kann dann der ursprünglich zu sperrende Abschnitt des Michaelkirchplatzes direkt am Sechseck nicht mehr für Sport und Spiel genutzt werden, wie es zuvor erwogen worden war. Da aber die bezirkliche Denkmalpflege höhere Einbauten wie z.B. Tischtennisplatten in diesem Bereich als Störung der Sichtachse auf die Kirche ablehnt, wäre das ohnehin kaum umsetzbar gewesen. Gegen Tischtennis in den Randbereichen hat der Denkmalschutz dagegen nichts einzuwenden.

Proteste gibt es auch im Ostteil der Stadt fast regelmäßig, wenn Parkplätze wegfallen sollen – so auch im Heineviertel. Denn anders als in den von Kiezblocks betroffenen Gebieten im Wedding oder in Moabit gibt es hier keine privaten Stellplätze in Tiefgaragen oder Parkdecks. Die Parkplätze, die für die Bewohnerschaft der Plattenbauten geplant waren, sind inzwischen zum Großteil bebaut oder werden gerade bebaut. Im Westteil Berlins sind dagegen fast alle Wohnanlagen aus den 1970er und 1980er Jahren bis heute mit riesigen Garagenanlagen ausgestattet, die inzwischen oft zu großen Teilen leer stehen. Die Bezirke haben keine Ahnung, wie groß die privaten Parkplatzreserven in den jeweiligen Kiezen sind, denn sie werden nirgendwo erfasst. Wenn sie aber die Anzahl der Parkplätze auf öffentlichem Straßenland in Bezug zur Einwohnerzahl setzen, kommen sie zu dem irrigen Ergebnis, dass der Osten vergleichsweise gut mit Parkraum ausgestattet sei.

Auch südlich des Engelbeckens sollen irgendwann Modalsperren entstehen, die den Durchgangsverkehr unterbinden. Die sollen diagonal über die Kreuzungen der Waldemarstraße mit den Legien- bzw. Leuschnerdamm verlaufen, so dass man mit dem Kfz nur noch um das Engelbecken herumfahren kann aber nicht mehr tiefer nach Kreuzberg hineinkommt. Im Verkehrskonzept unseres Nachbarbezirks sind sie bereits aufgeführt, es gibt aber derzeit »keinen konkreten Zeitplan, wann die Maßnahmen zur Unterbindung des Durchgangsverkehrs angegangen werden«, so heißt es auf der Website »xhain-beruhigt.berlin« des SGA Friedrichshain-Kreuzberg.

Die geplante Modalsperre diagonal über die Alte Jakobstraße an der Kreuzung mit der Kommandantenstraße direkt an der Grenze zu Kreuzberg soll dagegen noch in diesem Jahr eingerichtet werden. Hier liegt die Fahrbahn noch auf dem Gebiet des Bezirks Mitte, der sich mit seinem Nachbarbezirk und der von der Verkehrsänderung betroffenen Bundesdruckerei bereits abgestimmt hat. Die Einmündung der Neuen Jakobstraße in die Inselstraße wird dagegen nur verengt und hier eine Einbahnstraße eingerichtet. Aus dieser Maßnahme soll 2025 umgesetzt werden. cs

Wasserqualität wird besser

Die Phosphatbelastung des Engelbeckens wird reduziert

Die Wasserqualität des Engelbeckens soll sich noch in diesem Jahr deutlich verbessern. Vermutlich wird aber erst 2026 eine Erfolgskontrolle durchgeführt und ein Schlussbericht über die Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerqualität verfasst werden können.

Bei Redaktionsschluss stand auch noch nicht zu hundert Prozent fest, mit Hilfe welchen Verfahrens das überschüssige Phosphat aus dem Kleingewässer entfernt werden soll. Aber alle Informationen liefern auf eine Behandlung mit Polyaluminiumchlorid (PAC) hinaus. Das ist ein Flockungs- und Fällungsmittel, mit dem sehr unterschiedliche Arten von Schwebstoffen aus wässrigen Lösungen entfernt werden können. Es wird seit den 1970er Jahren für die Aufbereitung von Trink- und Abwasser eingesetzt und ist als unbedenklich zertifiziert. Von der Kosmetikindustrie wird es auch in Deodorants eingesetzt, weil es die Schweißbildung hemmt.

Als Alternative stand eine Behandlung mit Lanthan zu Debatte, das auch in der Medizin zur Senkung des Phosphatpiegels im Blut eingesetzt wird, aber deutlich kostspieliger ist als PAC. Verworfen wurde dagegen das physische Entfernen des Schlamms aus dem Engelbecken. Das wäre die weitaus teuerste Variante geworden, denn man hätte ihn in einer speziellen Deponie entsorgen müssen. Im Volkspark Rehberge im Ortsteil Wedding werden vom Straßen- und Grünflächenamt derzeit zwei kleine Teiche (»Entenpfuhl« und »Sperlingsee«) entschlammt, die beide zusammen kaum größer sind als das Engelbecken. Das kostet rund eine Million Euro.

Durch die hohe Phosphatbelastung kann das Engelbecken insbesondere im Spätsommer leicht umkippen. Dann vermehren sich die Algen übermäßig und entziehen nachts dem Wasser den Sauerstoff. Die Fische sterben dann ab und das Gewässer verwandelt sich in eine überriechende Brühe. Wissenschaftliche Messreihen im Engelbecken haben aufgezeigt, dass die Belastung des Wassers mit Phosphaten und anderen Nährstoffen in den Sommermonaten steil in die Höhe schnell, während es im Winter überwiegend im Schlamm gebunden bleibt. Daher ist es sinnvoll, die Entflockung in den Sommermonaten vorzunehmen. Das dann chemisch gebundene Phosphat kann im Gewässerboden verbleiben und wird in den folgenden Sommern nicht mehr bioaktiv. Während des Einsatzes von PAC kann sich auf der Oberfläche des Gewässers ein leichter Film bilden, der aber für Flora und Fauna unbedenklich ist. Damit man diese Maßnahme nicht alle paar Jahre wiederholen muss, ist es darüber hinaus sinnvoll, dem Engelbecken bei Bedarf frisches, nährstoffreiches Trinkwasser zu-

zuführen. Denn sonst strömt dem Engelbecken ständig das in der Innenstadt recht nährstoffreiche Grundwasser zu, dessen Phosphatanteile sich dann wieder im Engelbecken anreichern würden.

Deshalb soll über die Technikammer unterhalb der Ecke Legiendamm und Michaelkirchplatz eine Trinkwasserzufuhr errichtet werden, die an das Leitungsnetz der Berliner Wasserbetriebe angeschlossen ist. Von diesem Technikraum aus werden die Fontänen des Beckens gesteuert, die aber nur tagsüber angeschaltet sind. In der Nacht soll über die Leitungen künftig frisches Trinkwasser ins Becken einfließen, was höchstens leise Geräusche verursacht, die in den Wohnungen der Umgebung kaum wahrnehmbar sein dürften. Es wird mit einem Verbrauch von maximal 5000 Kubikmetern Frischwasser pro Jahr gerechnet. Das entspricht in etwa dem durchschnittlichen Wasserverbrauch von einhundert Personen und stellt die Berliner Wasserbetriebe vor keinerlei Probleme. cs

Füttern verboten!

Das Füttern der Wasservögel und Fische im Engelbecken ist nicht die hauptsächliche Ursache für den gefährlichen Überschuss an Nährstoffen im Gewässer. Eine ausführliche wissenschaftliche Untersuchung erkannte in deren Kot zwar einen belastenden Faktor, als gravierender aber bewertete sie den stetigen Zufluss von nährstoffreichem Grundwasser aus der Umgebung.

Dennoch sollte man in der Stadt keine wild lebenden Tiere füttern. Insbesondere Brot und Gebäck enthalten zu wenig Mineralien und Vitamine, dafür aber Salz, Zucker, Hefe und viele Zusatzstoffe. Zudem quillt Brot im Magen der Tiere auf. Bei Enten und Schwänen, die sich natürlicherweise von Schnecken, Würmern, Samen und Pflanzen ernähren, führt die Fütterung oft zu Übergewicht, Organverfettung und Mangelerscheinungen. Außerdem schadet eine Überpopulation von Wasservögeln vielerorts dem Uferbewuchs.

Das Füttern von »jagdbaren Tieren« wie Wildenten, Wildgänsen und Höckerschwanen ist in Berlin generell verboten, für den Luisenstädtischen Kanal, zu dem das Engelbecken gehört, hat der Bezirk darüber hinaus ein generelles Fütterverbot für wildlebende Tiere verhängt. Es droht ein Bußgeld von bis zu 5000 Euro. cs





Uferweg im Wartestand

Die Herstellung des Uferwegs entlang des südlichen Spreeufers ist ein zentrales Vorhaben im Sanierungsgebiet Nördliche Luisenstadt. Doch die Realisierung ist kompliziert und langwierig: Fertiggestellt ist erst das Teilstück zwischen Wilhemine-Gemberg-Weg und Hinterlandmauer. Die Weiterführung zum Paula-Thiede-Ufer soll 2025 erfolgen, hierzu muss eine Rampe gebaut werden. Der unmittelbare Uferbereich bleibt hier vorerst unangetastet, weil dafür zunächst die Spundwände aufwändig saniert werden müssen.

Im Abschnitt zwischen Wilhemine-Gemberg-Weg und Michaelkirchstraße muss die Umgestaltung noch warten, weil sich dort die Fertigstellung des privaten Neubauprojekts »Elements« verzögert. Nach der zwischenzeitlichen Insolvenz des Projektentwicklers gehen die Arbeiten dort mittlerweile zwar weiter, nehmen aber nach wie vor den Bereich um den Kühlwasserauslauf des Heizkraftwerks in Beschlag. Bis hier Baufreiheit hergestellt ist, müssen die Arbeiten am Uferweg warten.

Nachbarschaftsengagement wird weiter gefördert

Dem Bezirk Mitte werden wie in den Vorjahren von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen Fördergelder aus dem erfolgreichen Programm »Sachmittel für freiwilliges Engagement in Nachbarschaften« (FEIN) zur Unterstützung von Initiativen ehrenamtlich Engagierter zur Verfügung gestellt.

Gefördert werden Maßnahmen zur Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur in der Nachbarschaft. Die Umsetzung erfolgt in freiwilliger Eigenleistung, Sachmittelkosten werden bis zu einem Höchstbetrag in Höhe von 3.500 € gefördert. Dazu zählen beispielsweise Farben und Materialien für Renovierungen gemeinsam genutzter öffentlicher Einrichtungen, wie Schulen oder Freizeiteinrichtungen. Auch Aktionen von Initiativen, Interessengemeinschaften und Vereinen, die zur Verbesserung des Wohnumfeldes

in der Nachbarschaft beitragen, können gefördert werden. Die Anträge sind schriftlich bis zum 28.02.2025 einzureichen. Anträge, die nach dieser Frist eingehen, können nicht berücksichtigt werden. Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung der Fördermittel besteht grundsätzlich nicht. Das Merkblatt zur Programmdurchführung und die Anträge stehen auf der Internetseite des Bezirksamtes zum Download bereit.

Förderung für Umweltbildungsprojekte

Gute Nachrichten für Umweltbildungsakteure und kreative Projektideen im Bezirk Mitte: Der Aktionsfonds für Umweltbildung in Mitte unterstützt insbesondere kleinere Institutionen, die einen Beitrag zu Stadtnatur, Klimaschutz oder Nachhaltigkeit leisten. Mit bis zu 10.000 Euro fördert der Fonds Projekte, die zwischen September 2025 und Ende 2026 umgesetzt werden: ob Clean-Ups, Entdeckungstouren durch die grünen Oasen des Bezirks oder Koch-Workshops mit Lebensmittelresten. Besonders willkommen sind Projekte, die generationsübergreifend und inklusiv wirken sowie den Austausch von Fachwissen zwischen erfahrenen und neuen Akteuren ermöglichen. Antragsberechtigt sind alle juristischen Personen. Die Projekte müssen einen klaren Bildungsaspekt enthalten, sich auf die Themen Umwelt, Natur, Klima oder ökologische Nachhaltigkeit beziehen sowie im Bezirk Mitte realisiert werden. Die Mittel können für Honorare, Aufwandsentschädigungen, Sachkosten sowie eine Gemeinkostenpauschale verwendet werden.

Interessierte können ihre Antragsunterlagen bis zum 31. März 2025 per E-Mail an magdalena.adamczyk-lewoczko@ba-mitte.berlin.de einreichen. Nach einer formellen Prüfung entscheidet eine unabhängige Aktionsfondsjury über die Vergabe der Fördermittel.

Mehr Informationen sowie die Bewerbungsformulare finden Sie auf der Website www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/umwelt-und-naturschutzamt/umweltladen

Stammtisch Luisenstadt

Beim »Stammtisch Luisenstadt«, der sich regelmäßig am zweiten Dienstag jedes Monats trifft, kann man nette Leute kennenlernen und Infos und Neuigkeiten aus dem Kiez austauschen. Die nächsten Stammtische finden am 11. März und am 8. April ab 18 Uhr im Restaurant Agora, Annenstraße 13 statt. Anmeldung erwünscht unter: stammtisch@buergerverein-luisenstadt.de, auch den monatlich erscheinenden Newsletter kann man unter dieser Mailadresse bestellen.

Chipperfield für die Schublade?

Jannowitz-Turm am S-Bahnhof jetzt mit B-Plan

Der Bebauungsplan für das Hochhaus des Berliner Büros des britischen Star-Architekten David Chipperfield ist fertig. Ob der »JaHo Stadtturm« oder auch »Jannowitz-Turm« genannte Neubau direkt neben dem S-Bahnhof Jannowitzbrücke in absehbarer Zeit aber tatsächlich gen Himmel wachsen wird? Nebenan, wo seit 2022 der zum Gesamtprojekt gehörige 12-geschossige Bürohausriegel entstehen soll, ruht jedenfalls die Baustelle.

Zwischen dem S-Bahnhof und der Holzmarktstraße ist mit dem fertiggestellten Bebauungsplan nun auch baurechtlich der Neubau eines 18-geschossigen Büroturms möglich, der etwa 75 Meter hoch werden soll. Damit orientiert er sich an den vier 17- bis 18-geschossigen Punkthochhäusern an der Schillingstraße, in deren Flucht er steht. Eine Höhe von etwa 70 Metern ist auch für den Neubau des »Central Tower« an der Ecke der Stralauer und Alexanderstraße genehmigt. Aber dort hat sich der alte Investor (die CESA-Group, die auch am JaHo-Projekt beteiligt ist) inzwischen zurückgezogen und ein neuer Investor die Absicht verkündet, 115 Meter hoch hinaus zu wollen.

Direkt neben dem Chipperfield-Turm sind die Tiefgeschosse für den 12-geschossigen Bürohaus-Riegel »Holzmarkt-Kontor« schon fertig. Beide Neubauten gehören zum Projekt »JaHo« (aus Jannowitzbrücke und Holzmarkt). Im Herbst 2023 wurden die Arbeiten jedoch eingestellt und trotz gegenteiliger Beteuerungen bis jetzt noch nicht wieder aufgenommen. Die Keller sollen inzwischen voller Wasser stehen: Die Immobilienkrise hat zugeschlagen.



Im öffentlichen Beteiligungsverfahren zum B-Plan für den Turm hatten das einige zum Anlass genommen, die Umplanung zu Wohnungsbau zu fordern. In Berlin herrscht nämlich eine große Überkapazität an Büroflächen, die sich immer weiter verstärkt. Denn die in der Boomzeit der späten 2010er Jahre entwickelten Großprojekte drängen jetzt auf den Markt. Schwerpunkte dieser Bautätigkeit waren sowohl die Gegend um den Alexanderplatz als auch die Mediaspree in Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg. Das JaHo-Projekt liegt genau in der Schnittstelle dieser beiden Entwicklungsräume.

Mehr Wohnungsbau will zwar auch das Bezirksamt Mitte. Aber unmittelbar neben dem Bahnhof an der zu allen Tages- und Nachtzeiten stark befahrenen Berliner Stadtbahn ist es für Wohnungen deutlich zu laut. In der geplanten Höhe lassen sich die auch durch Lärmschutzwände entlang der Gleise nicht mehr abschirmen. Andererseits ist das Baugrundstück so erstklassig wie kaum ein anderes durch den ÖPNV erschlossen. Hier sind Gebäude mit hoher Besucherfrequenz auch verkehrs- und klimapolitisch erstrebenswert.

Der Turm soll eine Geschossfläche von insgesamt etwa 20.600 m² aufweisen, über drei Untergeschosse verfügen und über öffentlich zugängliche Flächen im Erdgeschoss sowie im ersten und im obersten Stockwerk. Einzelhandelsbetriebe auf dem Grundstück dürfen eine Verkaufsfläche vom 300 Quadratmetern nicht überschreiten, es wird also kein großer Supermarkt einziehen. Die neue Bauleitplanung wurde im »vorhabenbezogenen Bebauungsplanverfahren« zusammen mit den beiden Bauherren (CESA-Group, Art-Invest Real Estate) und David Chipperfield Architects Berlin entwickelt.

Natürlich fragen sich jetzt alle, wann die Marktbedingungen so ein Projekt wieder zulassen. Es wird wohl noch etwas dauern – aber gänzlich unrealistisch ist es nicht. Denn anders als im Bund wächst die Wirtschaft in Berlin. Sie ist nämlich nicht vom Wohlergehen der deutschen Automobilindustrie abhängig. So geht die Investitionsbank Berlin (IBB) für 2024 von einer Wachstumsrate von 1,3 % aus und prognostiziert für 2025 sogar 1,5 %. Als Treiber der Entwicklung nennt sie mit einer jährlichen Rate von 5,1 Prozent das Dienstleistungsgewerbe. Laut Wirtschaftsministerin Giffey steht dabei speziell die Digitalbranche an der Spitze – und benennt explizit Fintech, Green Tech, Health Tech und Games. Noch vor wenigen Jahren freilich hat die Immobilienbranche noch mit wesentlich stärkeren Wachstumsschüben gerechnet.

Neben dem geplanten Turm von Chipperfield wurde bereits mit dem Bau des Büroriegels »Holzmarkt-Kontor« begonnen. Beide Gebäude vermarkten sich unter dem Namen »JaHo«. Seit Herbst 2023 ruhen dort die Arbeiten.



P. Roßwaag

Café in der Kita

Donnerstagsgespräch 60+

Gemeinsam reden bei Tee und Gebäck: Im Februar startet ein neues Angebot des Bürgervereins Luisenstadt e.V., bei dem offene Gesprächskreise zu diversen Themen in gemütlicher Runde und Beratung bei Fragen rund um das Leben angeboten werden. Das »Donnerstagsgespräch« ist ein Angebot für alle Menschen mit Interesse am gemeinsamen und wertschätzenden Austausch.

Am 27. Februar geht es um Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht. Gesprächsangebot und professionelle Beratung mit Marlen Klocke, rechtliche Betreuerin, Sozialpädagogin und Trauerbegleiterin.

Veranstaltungsort ist der neue MOKIB (Modularer Kita-bau) der Kita Schmidchen in der Schmidstraße 4, der von 2021 bis 2024 als Erweiterungsbau mit Holzfassaden neben der sanierten Bestandskita errichtet wurde – unser Leser Peter Roßwaag, der uns auf das neue Veranstaltungsformat hinwies, schickte gleich noch Fotos aus der Bauzeit des MOKIB mit, hier eines davon. Danke dafür!

»Café in der Kita«: Donnerstag, 27. Februar 2025 von 16.30 bis 18 Uhr, Kita »Schmidchen«, Schmidstraße 4, 10179 Berlin

Neu: Nachbarschaftscafé im dialog 101

Seit 2021 ist das Team der Mobilen Stadtteilarbeit im KREATIVHAUS auf der Fischerinsel, im Heinrich-Heine-Viertel und rund um die Leipziger Straße unterwegs, um Begegnungsräume für die Nachbarschaft zu ermöglichen und Menschen aus dem Stadtteil bei der Umsetzung von Ideen im Kiez zu unterstützen. Die Angebote sind offen für alle Menschen, Projekte und Initiativen aus der Nachbarschaft.

Seit Oktober bietet das Team im Stadtteilladen dialog 101 das »CAFÉmobil« an: Das Nachbarschaftscafé findet dort

zweimal im Monat statt: immer am 2. und 4. Mittwoch von 14 bis 16 Uhr. In entspannter und natürlich nichtkommerzieller Atmosphäre gibt es Raum für Austausch, neue Bekanntschaften und spannende Gespräche. Wer möchte, kann gern Kuchen oder Kekse mitbringen, auch Gesellschaftsspiele sind herzlich willkommen! Egal, ob man neu im Kiez ist oder schon lange hier wohnt – jede und jeder ist willkommen und kann hier einen gemütlichen Nachmittag verbringen. Schauen Sie doch einfach mal auf einen Kaffee oder Tee vorbei! Die nächsten Gelegenheiten dazu haben Sie am 26. Februar, der 12. März und der 26. März.

»CAFÉmobil« im Stadtteilladen dialog 101, Köpenicker Straße 101 / Ecke Heinrich-Heine-Straße, 2. Und 4. Mittwoch im Monat, 14–16 Uhr

BSR-Kieztage in Ihrer Nähe

Sie können schon mal sichten, was Sie aus Ihrem Haushalt loswerden wollen: Die Berliner Bezirksämter bieten auch in diesem Jahr zusammen mit der Berliner Stadtreinigung (BSR) und den Stadtteilkordinationen wieder die BSR-Kieztage zur Entsorgung von Sperrmüll und anderen Wertstoffen an. Dabei können private Haushalte kostenfrei Sperrmüll, Elektroaltgeräte und Alttextilien abgeben. Ein integrierter Tausch- und Verschenk-Markt bietet zudem die Möglichkeit, »alte Schätze«, also gut Erhaltenes, aber nicht mehr Benötigtes weiterzugeben oder vielleicht auch fündig zu werden. Was am Ende des Tages keine neuen Besitzer gefunden hat, erhält die »NochMall« – das Gebrauchtwarenkaufhaus der BSR in Reinickendorf.

In Ihrer Nähe finden die nächsten Kieztage an folgenden Terminen und Orten statt:

– Donnerstag, 24. April, 13–18 Uhr: Mariannenplatz 7–9, 10997 Berlin

– Sa, 17. Mai, 8–13 Uhr: Fischerinsel 6, 10179 Mitte
Als Ergänzung zur Sperrmüll-Abholung und den stationären BSR-Recyclinghöfen ist das eine gute Möglichkeit zu entrümpeln. Zugleich soll damit illegale Müllablagerungen im öffentlichen Raum vorgebeugt werden.

Loswerden können Sie beim BSR-Kieztage: Sperrmüll, Alt Holz, Matratzen, Elektrogeräte, Alttextilien sowie gut Erhaltenes für den Tausch- und Verschenkmarkt. Nicht angenommen werden: Altreifen, Lacke, Farben, Bauschutt, Batterien, Alt-Medikamente und kontaminiertes Holz – diese müssen gesondert bzw. auf einem Recycling-Hof entsorgt werden.

Alle Informationen zu den BSR-Kieztagen (auch in anderen Berliner Ortsteilen) finden Sie auf der Website www.bsr.de

Suppe für alle ...

... in der Nachbarschaft gibt es immer am ersten Dienstag des Monats mit den »Theatermachern« vom Kreativhaus Fischerinsel. Ab 10 Uhr wird zusammen geschnippelt und gekocht, gemeinsam gegessen wird ab 12 Uhr. Die nächsten Termine sind der 4. März und der 1. April.

»Suppe für alle« findet statt im Begegnungsraum der BEROLINA, Neue Jakobstraße 30, 10179 Berlin.

Starker, böiger Wind aus Südwest

Der Verein »Berliner Unterwelten« erinnert mit einer Gedenkveranstaltung an den 3.2.1945, als die Luisenstadt durch Bomben und Feuersturm zerstört wurde

Der 3. Februar 1945 war ein sonniger Tag für Berlin. »Bombenwetter« eben – der Begriff, den es eigentlich schon seit dem 18., 19. Jahrhundert gab, hatte durch den Luftkrieg eine neue Bedeutung bekommen. Bombenwetter hieß nun auch: freie Sicht für die tödliche Fracht der Kriegsflugzeuge.

Der Krieg, den das nationalsozialistische Deutschland über 5 Jahre zuvor begonnen hatte, war an seinen Ausgangspunkt zurückgekehrt. Am Morgen des 3. Februar 1945 starteten fast 1000 viermotorige Bomber der 8. US-Airforce Richtung Berlin. Ihr Ziele, die sie in zwei großen Wellen anfliegen, waren das Zeitungs- und das Regierungsviertel in Mitte sowie der Potsdamer und Anhalter Bahnhof. Um 10.27 Uhr gab es den ersten Bomben-Voralarm in der Luisenstadt, um 10.40 Uhr schrillten die Sirenen zum Hauptalarm. Um 11.02 Uhr fielen die ersten Bomben aus 8000 Meter Höhe. Doch weil an diesem Tag starker, böiger Südwestwind herrschte, trieben die Bomben, die damals nicht zielgenau gesteuert werden konnten, mehrere hundert Meter von ihrem eigentlichen Ziel ab und trafen die Luisenstadt. Es war der schwerste Luftangriff auf Berlin, Bomben und Wind entfachten einen Feuersturm in den Straßen. Am Abend des 3. Februar lagen weite Teile des historischen Viertels in Schutt und Asche, Tausende Menschen waren tot, Zehntausende obdachlos geworden.

Genau 80 Jahre später, am 3. Februar 2025, hatte der Verein »Berliner Unterwelten« zu einer bewegenden Gedenkveranstaltung in den ehemaligen Luftschutzbunker in der Dresdner Straße eingeladen, den der Verein nach und nach zu einem Erinnerungsort ausbaut. Exakt um 10.27 Uhr, dem Zeitpunkt des ersten Alarms, wurden die ca. 100 Gäste eingelassen.

In seiner Rede erinnerte Dietmar Arnold, Vorsitzender des Vereins »Berliner Unterwelten«, auch an die Opfer und die verheerenden Zerstörungen deutscher Bombenangriffe beispielsweise auf das britische Coventry am 14. November 1940. Damals hatte NS-Propagandaminister Joseph Goebbels in einer Rede gehöhnt, man werde noch »viele Städte coventrisieren«. Im ehemaligen Bunker erinnert u.a. ein »Coventry-Kreuz« daran, welche Verwüstungen der deutsche Eroberungs- und Vernichtungskrieg in ganz Europa anrichtete.

Nach Dietmar Arnold sprachen auch die Berliner Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey und der britische Botschafter, Jonathan Sear auf der Veranstaltung. Es folgte eine Lesung der Schauspielerin Martina Gedeck: Sie trug aus den Aufzeichnungen von Hedwig Langer vor, die da-

mals mit ihrer Familie in der Luisenstadt wohnte. Dort erlebte sie auch den 3. Februar – an diesem Tag verlor sie ihre vier Kinder. Ihren bewegenden Zeitzeugenbericht verfasste sie im Jahr 1952, der Verein »Berliner Unterwelten« entdeckte ihn eher zufällig im reproduct-archiv der Hamburger Deichtorhallen.

Auf zwanzig mit Schreibmaschine beschriebenen Seiten schildert Hedwig Langer die Ereignisse dieses und der folgenden Tage.

Der Morgen des 3. Februar beginnt für sie gemeinsam mit den Kindern: der 16-jährigen Thea, dem 11-jährigen Gottfried, genannt Friedel und den neunjährigen Zwillingen Irene und Otto. Ehemann Felix ist in der Nacht zur »Stadtwacht« einbestellt worden. Sie selbst muss zum Wirtschaftsamt und verabschiedet sich von den Kindern und ihrer Schwägerin Margarethe, die auf die Kinder aufpasst. Als wenig später der Bombenalarm einsetzt, kann sich Hedwig im Luftschutzkeller des Leibniz-Gymnasiums retten. Kaum ist der erste Beschuss abgeebbt, macht sie sich auf die Suche nach ihren Kindern, irrt durch brennende Straßen und Trümmer, die ihr den Weg abschneiden. Ein grauenvolles Bild eröffnet sich ihr auch am nächsten Morgen beim erneuten Versuch, ihre Wohnung zu erreichen: »Tiefe Krater von Bomben, zerfetzte Menschenleiber, Menschenarme, menschliche Oberschenkel, geröstete Leiber«. Von dem Mietshaus in der Oranienstraße 113/114, in dem ihre Familie wohnt, steht nur noch die Fassade. Am Abend erfährt sie, dass alle ihre Kinder und auch die Schwägerin tot sind, gestorben im Luftschutzkeller des Hauses. Ihr Mann Felix hat wie sie überlebt.

In den folgenden Tagen gruben die Eltern mit ihren Händen im Trümmerberg nach Überresten ihrer Kinder. Sie fanden: einen Knopf (»von Ottchens Pullover«), die Hausschlüssel, zarte Kinderknochen, einen von Friedels neuen Schuhen, in dem noch sein Fuß steckt. Was sie von ihren Kindern noch bergen konnten, beerdigten die Eltern in einem kleinen Sarg. Das Grab befindet sich auf dem Friedhof St. Hedwig II in Berlin-Weißensee.

Am Ende dieses Krieges waren mehr als 50 Millionen Menschen tot und weite Teile Europas zerstört. Berlin, die Stadt, in der dieser Krieg geplant worden war, sah nun auch so aus wie Stalingrad, Coventry oder Warschau. us



Bundesarchiv

Die erste Bibliothekarin

Bona Peiser war Vorkämpferin für berufstätige Frauen

Wer gern liest, wird früher oder später auf eine Bibliothekarin treffen – und das verdanken wir auch Bona Peiser, der ersten Bibliothekarin Deutschlands. Gleich zwei Gedenktafeln und ein Straßennamen erinnern in der Luisenstadt an sie. Wir folgen ihren Spuren chronologisch und beginnen im Viertel zwischen Rosenthaler Platz und Oranienburger Straße.

Bona Peiser, geboren 1864, wuchs in der Auguststraße 73 und der Linienstraße 80 auf. Zweifellos war sie als Tochter des Verlegers und Buchhändlers Wolf Peiser und seiner Frau Rosalia privilegiert. Der »Wolf Peiser Verlag« gab auch die »Orientalistische Literaturzeitung« heraus, die von Bonas Bruder Felix E. Peiser gegründet worden war und bis heute erscheint. Damit ist sie die älteste Zeitschrift für Orientalistik und interdisziplinären orientalistischen Diskurs. Eine Laufbahn wie die ihres Bruders als Altorientalist war Bona Peiser als Mädchen und Frau verwehrt, doch das Aufwachen inmitten von Büchern und Gelehrten prägte sie stark.

Für Bona Peisers heute schönste Wirkungsstätte müssen wir die Chronologie verlassen, denn wir gehen zum Gebäude der »Volks-Kaffee-und-Speise-Hallen-Gesellschaft« in der Neuen Schönhauser Straße 13. Das Haus und sogar die historische Aufschrift aus den 1890er Jahren sind heute liebevoll restauriert. Damals gab es dort aber nicht nur Kaffee, Kuchen und Deftiges für Arme, sondern auch geistige Nahrung: Im Hofgebäude eröffnete Bona Peiser am 1. Januar 1895 die »Erste öffentliche Lesehalle zu Berlin«.

Möglich war ihr das durch zwei Institutionen geworden, zum einen durch den »Kaufmännischen und gewerblichen Hilfsverein für weibliche Angestellte« und zum anderen durch die »Deutsche Gesellschaft für Ethische Kultur«. Peiser gründete in der Gesellschaft eine Bibliothekskommission. Die Lesehalle am Alexanderplatz war der größte Erfolg der deutschen Bücher- und Lesehallen-Bewegung im 19. Jahrhundert.

Chronologisch gehen wir zurück, geografisch laufen wir vom Alexanderplatz nach Kreuzberg. Schon 1875 war Bona Peiser mit ihrer Familie in die Brandenburgstraße 11 (heute Lobeckstraße) in die damalige Luisenstadt gezogen, wo sie bis zu ihrem Tode 1929 lebte. Zu ihrer Schulzeit gab es in Berlin zwar Bibliotheken, aber sie waren in traurigem Zustand. Sie befanden sich, eher vernachlässigt als gepflegt, in den Schulen und wurden ehrenamtlich von Lehrern betreut. Es gab keine Möglichkeit, dort angestellt oder ausgebildet zu werden.

Diese Diskrepanz zwischen dem Leben mit Büchern daheim und den traurigen Zuständen in den Bibliotheken war ein Grund für Bona Peiser, sich autodidaktisch zur Bi-



Blick vom Bona-Peiser-Weg Richtung Alexanderplatz.

bliothekarin auszubilden. Sie setzte ein Studium in der englischen Public Library of Manchester durch und schrieb 1894 in der Zeitschrift »Ethische Kultur« über die vorbildlichen englischen Volkslesehallen.

Zurück in Berlin, bot sie sich als Leiterin der größten Frauenbibliothek der Hauptstadt an: die Bibliothek des Kaufmännischen Verbandes für weibliche Angestellte, der sie ab 1895 vorstand. Ihre beiden Bibliotheken waren die wichtigsten Orte für Frauen, um ihrem Vorbild zu folgen und Bibliothekarin zu werden.

Mehrfach zog diese Bibliothek um: von der Alten Jakobstraße 20/22 über die Köpenicker Straße 74 und die Münzstraße 11 schließlich 1908 in die Rungestraße 25–27. Dort erinnert eine Gedenktafel an ihre Geschichte.

Zur zweiten Gedenktafel läuft man noch ca. 20 Minuten die Köpenicker entlang und biegt vor dem Verdi-Haus links in den Bona-Peiser-Weg ein. Parallel zum Engeldamm verläuft bis zur Spree diese kleine Privatstraße, die 2004 zu Ehren der Vorkämpferin der Gleichberechtigung benannt wurde.

Vielleicht gibt es ein Foto von ihr, denn auf einem Bild der Lesehalle von 1914 ist hinten eine Frau zu erkennen. Inklusive Vergrößerung ist es auf der zweiten Gedenktafel am Engeldamm direkt an der Spree zu sehen.

Falko Hennig

Der Autor lädt ein zum Stadtpaziergang durch die Luisenstadt, täglich 15 Uhr, 2h / €12,-, min. 5 Teilnehmer, Anmeldung unter (0176) 20 21 53 39.

Sicher zur Schule

Schulische »Mobilitätsgremien« einrichten!

Im Bezirk Mitte existiert seit Februar 2024 die »Arbeitsgemeinschaft Schulwegsicherheit«, in der sich vierteljährlich das Schul- und Sportamt, das Straßen- und Grünflächenamt sowie das Ordnungsamt über die Verbesserung der Sicherheit auf Schulwegen austauschen. Eltern können sich über schulische »Mobilitätsgremien« an diese AG wenden.

Die Einschulungsbereiche der Grundschulen im Bezirk Mitte ändern sich – und damit auch die Schulwege der Kinder. Zuletzt etwa wurde in der Nördlichen Luisenstadt die neue Grundschule in der Adalbertstraße eröffnet. Im Wedding bezog die leidgeprüfte Mówensee-Grundschule ein neues Domizil in der Reinickendorfer Straße. Schon etwas länger gibt es die neue »Grundschule am Nordhafen«, unter anderem für die Schulkinder aus der neuen Europa-City in Moabit. Dazu wurden die Kapazitäten von etlichen bestehenden Grundschulen mit Hilfe »Mobiler Erweiterungsbauten« aufgestockt. Deshalb ändern sich die Einzugsbereiche vieler Grundschulen grundsätzlich. Und oft stellen sich jetzt neue Fragen zur Schulwegsicherheit.

Zum Beispiel an der Köpenicker Straße unweit der neuen Grundschule Adalbertstraße. An der Ecke von Adalbert- und Köpenicker Straße liegt das »A&O-Hostel Berlin-Mitte«. Das zählt zwar nicht zu den berühmten Berliner Hotels, da es überwiegend aus Vier- bis Sechsbettzimmern besteht, ist es aber dennoch eines der meistbesuchten der Stadt. Und weil es vor allem von Schulklassen auf Klassenfahrt angesteuert wird, drängeln sich vor dem Hotel häufig Reisebusse und verursachen ein sehr spezielles Verkehrschaos.



Für Schulkinder ist das mit Risiken verbunden: Hinter einem großen Reisebus sind sie nämlich praktisch unsichtbar. Aber zur nächsten Ampel über die Köpenicker Straße sind es von der Einmündung der Adalbertstraße aus gut 250 Meter. Um zur Bushaltestelle auf der anderen Straßenseite zu gelangen, müssen die Kinder diesen Weg zweimal machen, also einen Umweg von mehr als einem halben Kilometer gehen. Eine Ampel an dieser Stelle wäre dringend erforderlich – bevor sich ein tragischer Unfall ereignet. Auf die Warnungen der Betroffenenvertretung des Sanierungsgebiets Nördliche Luisenstadt hat die zuständige Senatsverwaltung für Verkehr (SenMVKU) jedoch bislang noch nicht reagiert.

Der Bezirk rät jetzt besorgten Eltern in diesem und in vergleichbaren Fällen, einerseits dem Ordnungsamt Hinweise zu geben. Mit Hilfe der berlinweiten App »Ordnungsamt Online« kann man die Gefahrenstelle benennen, sie auf einer Karte markieren und sie gegebenenfalls fotografisch dokumentieren. Das Ordnungsamt sammelt die Fälle und bringt sie in die bezirkliche AG Schulwegsicherheit ein. Andererseits empfiehlt das Bezirksamt, die schulischen Mobilitätsgremien in Anspruch zu nehmen. §17 des Berliner Mobilitätsgesetzes schafft dafür die rechtliche Grundlage: »An allen Schulen, an denen es Hinweise auf Probleme mit der Schulwegsicherheit gibt, sollen Gremien für Mobilität geschaffen werden,« so heißt es im Absatz (5) und weiter: »Bei der Prüfung von Vorschlägen der Gremien durch zuständige Stellen des Landes Berlin ist in Abwägungsentscheidungen der Schulwegsicherheit grundsätzlich die höchste Priorität einzuräumen.« Die Mobilitätsgremien sollen aus Schülerinnen und Schülern, Eltern und Schulpersonal bestehen, sich bei Bedarf vernetzen und »relevante Akteure« einbinden. Sie sind also ausdrücklich dazu aufgefordert, auch über die Schulbürokratie hinweg aktiv zu sein.

Seit dem 20. Dezember sind zudem die Schulwegpläne des Bezirks Mitte auf der Homepage des Schulamtes »Sicher zur Schule« online. Hier finden sich kindgerecht aufbereitete Umgebungspläne vieler Grundschulen, allerdings nicht aller (die Nördliche Luisenstadt scheint da gar nicht zu existieren), zudem sind sie in der Regel veraltet. Sie zeigen meist den Zustand von 2021, seitdem wurden die meisten Schulbereiche aber grundsätzlich neu zugeschnitten. Und in vielen Kiezen ist auch verkehrlich einiges passiert: So wurden zum Beispiel »Kiezblocks« eingerichtet und neue Fahrradstraßen markiert, die in den Karten nicht eingetragen sind. Man kann sich die Pläne aber dennoch sehr gut zusammen mit seinen Kindern betrachten und dabei über deren Erfahrungen auf dem Schulweg reden. Der Pfad zu »Sicher zur Schule« findet sich auf www.berlin.de/unterMitte/PolitikUndVerwaltung/Aemter/SchulUndSportamt/Schule.

cs



Unter deutscher Verwaltung

Mitte internationalisiert sich rasant – die Verwaltung hinkt noch hinterher

Berlin-Mitte ist längst ein internationaler Bezirk. Deutlich mehr als die Hälfte der Einwohner hat einen persönlichen Migrationshintergrund, stammt also entweder selbst aus dem Ausland oder hat zumindest einen Elternteil, der eingewandert ist. Gut 37 % der Einwohner in unserem Bezirk besitzen keine deutsche Staatsbürgerschaft, etwa 20 % sind eingebürgerte Deutsche oder deren direkte Nachkommen – und nur von etwa 42 % der Bevölkerung in Mitte haben beide Elternteile seit ihrer Geburt eine west- oder ostdeutsche Staatsbürgerschaft.

In der Verwaltung des Bezirks arbeiten dagegen nach wie vor ganz überwiegend Deutsche ohne Migrationshintergrund. Nach den Ergebnissen einer Befragung von Mitarbeitenden der Berliner Verwaltung im vergangenen Jahr haben bislang nur 23,8 % der insgesamt 3326 Beschäftigten des Bezirks Mitte den besagten migrantischen Hintergrund. Der Wert liegt dabei nur geringfügig über dem Durchschnittswert der Berliner Verwaltung (21,7 %). Mit 57,8 % verfügt Mitte dagegen über einen größeren Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund als jeder andere Bezirk und jede Kommune in Deutschland. Lediglich Hamburg-Mitte kommt uns mit 55 % noch nahe. Auch in Berlin-Neukölln bilden Menschen mit Migrationshintergrund mit 50,7 % noch die Mehrheit, Friedrichshain-Kreuzberg liegt nach den aktuellen Daten der Einwohnermeldestatistik knapp unter dieser magischen Schwelle.

Seit 2014 ist die Zahl der im Bezirk Mitte gemeldeten Menschen ohne deutschen Pass um etwa 41.000 angestiegen,

die der Einwohner mit deutscher Staatsbürgerschaft dagegen um etwa 2000 gefallen – und das, obwohl hier zum Teil deutlich mehr als 1000 Personen pro Jahr neu eingebürgert werden. Dabei zeigt sich einmal mehr: Wer neu nach Berlin zieht, der wohnt am liebsten zunächst in zentralen Bereichen der Stadt. Erst später, wenn man Orientierung gewonnen, seine Lebensverhältnisse stabilisiert und einen festen Arbeitsplatz gefunden hat, sucht man sich einen Lebensort in der Außenstadt oder im Umland. An diesem Muster hat sich grundsätzlich wenig geändert – wohl aber die Herkunftsgebiete der Menschen, die neu nach Berlin ziehen. So kamen in den 2000er Jahren noch etwa zwei Drittel der neuen Bewohner von Mitte aus anderen deutschen Bundesländern. Jetzt, in den 2020er Jahren, sind es weniger als ein Drittel. Und der Rest kommt von immer weiter her: Zwischen 2012 und 2018 wuchs Berlin vor allem aufgrund des Zuzugs aus anderen EU-Ländern. In diesem Zeitraum schnellte die Gesamtzahl der EU-Bürger in Berlin um 46 % in die Höhe. Seitdem aber stagniert dieses Wachstum, es ziehen inzwischen fast genauso viele EU-Bürger aus Berlin weg wie hier neu ankommen. Viele EU-Staaten kämpfen nämlich mit ähnlichen demografischen Problemen wie Deutschland. Auch dort gehen die »Baby-boomer« in Rente und können von den zahlenmäßig wesentlich schwächeren »Millennials« nicht ersetzt werden. Die stärkste Zuwanderung nach Berlin kam 2023 aus der Ukraine (fast 12.000), gleichzeitig kehrten aber auch mehr als 6000 Personen wieder dorthin zurück. Unterm Strich wuchs die ukrainische Bevölkerung Berlins um etwa 5.500. Die stärkste Netto-Zuwanderung kam 2023 dagegen aus der krisengeschüttelten Türkei (7.300) und die zweitstärkste aus Indien (6.000), mit dem im März 2023 ein Migrationsabkommen in Kraft getreten war. Ähnliche Partnerschaften wurden seitdem mit zahlreichen Ländern auf unterschiedlichen Kontinenten vereinbart: Kolumbien, Marokko, Kenia, Usbekistan, Ghana, Georgien und Moldau. Mit den Philippinen und mit Kirgisistan wird aktuell verhandelt.

Man kann also davon ausgehen, dass auch in den kommenden Jahren wieder Menschen aus allen Kontinenten zu uns kommen werden. Für seine Verwaltung sucht der Bezirk Mitte deshalb mit besonderem Nachdruck neue Mitarbeitende mit Migrationshintergrund. Aber natürlich sind dafür sehr gute Deutschkenntnisse Voraussetzung, bei Beamten sogar eine EU-Staatsbürgerschaft. In der Wirtschaft ist man flexibler, im IT-Bereich etwa spricht man fast überall inzwischen regulär Englisch am Arbeitsplatz. Möglicherweise müssen sich irgendwann auch Teile der Verwaltung diesem Trend anpassen. An den Hochschulen hat dieser Prozess schon begonnen, hier werden auch immer mehr Lehrveranstaltungen auf Englisch abgehalten. Vielleicht gibt es irgendwann auch »English speaking counters« in den Bürgerämtern. Oder »offices« im Stadtplanungsamt? Denn auch die Investoren kommen ja zunehmend aus dem Ausland. cs

Vandalen gegen Parkraumbewirtschaftung

Bedrohung nicht nur durch Böller, sondern auch durch fragwürdige politische Vorstöße

Rund um den Jahreswechsel sind im Bezirk Berlin-Mitte 30 Parkscheinautomaten durch Feuerwerkskörper beschädigt worden. Die Schadenssumme beläuft sich dabei auf rund 50.000 Euro. Das ist deutlich mehr als im Jahr zuvor: um Silvester 2023/24 waren insgesamt 20 Parkscheinautomaten zu Schaden gekommen. Die meisten Parkscheinautomaten wurden in Moabit, Gesundbrunnen und Wedding zerstört. Täter konnten bislang nicht ermittelt werden.

Seit einigen Jahren sichert das Ordnungsamt die Parkscheinautomaten rund um den Jahreswechsel gegen Vandalismus. So werden die Münzschlitze durch eine Fernschaltung verriegelt und teilweise auch die Kartenleser mit einem gesonderten Schutz versehen. Ein flächendeckender Silvesterschutz würde aber rund 100.000 Euro kosten – dazu sind keine Mittel im Haushalt des Bezirks vorgesehen. Der Bezirk hat zwar auch beträchtliche Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung. Dabei spülen vor allem die hohen Parkscheingebühren und die Einnahmen durch »Knöllchen« Geld in die Bezirkskassen. Nach Angaben des rbb hat der Bezirk Mitte nach Abzug der Kosten im vergangenen Jahr rund 25 Millionen Euro durch die Parkraumbewirtschaftung eingenommen. Allerdings vermeldete er in einem anderen Zusammenhang, dass die Gebühreneinnahmen durch die Parkvignetten nicht ausreichten, um die dabei entstehenden Verwaltungskosten zu decken.

Parkvignetten weiterhin fast umsonst

Die Vignetten kosten derzeit für Anwohnende in Berlin 10,20 Euro pro Jahr – nirgendwo sonst in Deutschland sind sie auch nur annähernd so preisgünstig. Meist werden jährlich rund 30 Euro erhoben, in manchen Kommunen sogar schon über 200 Euro. Trotz der extremen Haushaltskrise der Stadt und trotz anderslautender Vereinbarungen im Koalitionsvertrag macht der Berliner Senat bislang aber noch keine Anstalten, die Gebühren für die Parkvignetten zu erhöhen.

Dabei stehen die beinahe kostenfreien Parkplätze für Anwohnende auf öffentlichem Straßenland in einem krassen Missverhältnis zu den Kosten, die Hauseigentümer für den Unterhalt von Tiefgaragen und Parkdecks aufbringen müssen. Über mehr als ein halbes Jahrhundert hinweg, zwischen 1939 und 1997, waren sie gesetzlich dazu gezwungen, beim Neubau von Wohnungen Pkw-Stellplätze nachzuweisen, zuletzt sogar einen für jede neue Wohneinheit. Bei größeren Wohnanlagen entstanden oft große Tiefgaragen oder Parkdecks, die heute aber zu großen Teilen leer stehen und sich kaum wirtschaftlich betreiben lassen. Wer um die 50 Euro im Monat, manchmal auch deutlich über

100 Euro im Monat für einen Stellplatz entrichten soll, aber gleichzeitig für weniger als 2 Euro im Monat privilegiert auf der Straße parken darf, der überlegt es sich dreimal, einen Vertrag mit seinem Vermieter abzuschließen. Auch der Versuch, die personalintensive Kontrolle der Parkraumbewirtschaftung durch digitale Verfahren zu vereinfachen, ist im Berlin vorläufig gescheitert. Das Projekt »Scancar«, bei dem die Nummernschilder der in Zonen der Parkraumbewirtschaftung auf öffentlichem Straßenland abgestellten Kfz von vorbeifahrenden Fahrzeugen des Ordnungsamtes automatisch digital eingelesen werden, ist vom Senat gestoppt – wegen »datenschutzrechtlicher Bedenken«.

CDU für Flatrate-Parken

In der Berliner CDU wurden gleichzeitig Forderungen laut, eine Art »Flatrate« für die Parkraumbewirtschaftung einzuführen. Die FDP im Bund machte während des Wahlkampfes sogar ein deutschlandweites Flatrate-Parken zum Vorschlag, nach dem Vorbild des 49-Euro Tickets für den öffentlichen Nahverkehr. In einem Interview im Tagesspiegel vom 20. Januar hatte der Fraktionsvorsitzende der CDU im Abgeordnetenhaus Dirk Stettner eine Parkvignette fürs gesamte Zentrum ins Gespräch gebracht: »Wir möchten auch dafür sorgen, dass Menschen, die aus den Außenbezirken einpendeln oder sich innerhalb Berlins mit dem Auto bewegen müssen, die Möglichkeit zum günstigen Parken erwerben können.« Dabei verkennt er allerdings die wichtigste Leistung der Parkraumbewirtschaftung: Sie hält Berufspendler von der Innenstadt fern und verweist sie auf den öffentlichen Nahverkehr. Nur deshalb sind auch in Stoßzeiten die Berliner Straßen für motorisierte Handwerker, Lieferdienste, Pflegerinnen und Pfleger sowie für die Busse und Trams der BVG noch einigermaßen passierbar. Mit Flatrate-Parken für Besserverdienende aus den Außenbezirken näherten wir uns dagegen wieder dem allgemeinen Verkehrsinfarkt. cs



Am Ende wird gezahlt – aber wieviel?

Am Ende der Sanierung müssen Grundstückseigentümer Ausgleichsbeträge zahlen

Die Sanierungsgebiete in Mitte nähern sich allmählich ihrem Ende: Im Jahr 2026 werden die Gebiete Turmstraße, Müllerstraße und Nördliche Luisenstadt, die im Jahr 2011 per Rechtsverordnung als »förmlich festgesetzte Sanierungsgebiete« ausgewiesen wurden, aus der Sanierung entlassen. Zum Ende der Sanierung werden auch die sogenannten Ausgleichsbeträge fällig, die laut Baugesetzbuch von den Eigentümerinnen und Eigentümern im Gebiet entrichtet werden müssen. Demnach haben die »Eigentümer zur Finanzierung der Sanierung einen Ausgleichsbetrag in Geld zu entrichten, der durch die Sanierung bedingte Erhöhung des Bodenwertes seines Grundstückes entspricht« (§ 154 [1] BauGB).

Die Erfahrung zeigt jedoch, dass nicht wenige Eigentümerinnen und Eigentümer davon regelrecht überrascht werden – teils war ihnen noch nicht einmal bewusst, dass sich ihre Immobilien in einem Sanierungsgebiet befinden, obwohl ihre Grundstücke einen entsprechenden Vermerk im Grundbuch haben. Und viele verstehen nicht, warum sie am Ende der Sanierung plötzlich an die Kommune zahlen sollen.

Dabei geht der Gesetzgeber davon aus, dass das Gebiet durch die im Gebiet investierten Fördermittel der öffentlichen Hand eine deutliche Aufwertung erfahren hat. Daraus resultiert eine Bodenwertsteigerung, von der auch die Eigentümerinnen und Eigentümer innerhalb des Sanierungsgebiets profitieren. Als Ausgleich dafür müssen sich Eigentümerinnen und Eigentümer anteilig an den angefallenen Sanierungskosten beteiligen.

Der Ausgleichsbetrag wird für jedes Grundstück einzeln ermittelt. Innerhalb von vier Jahren nach der Beendigung der Sanierung erlässt das Bezirksamt für jedes Grundstück einen Bescheid über die Höhe der Ausgleichszahlung. Der Gesetzgeber ermöglicht es den Eigentümerinnen und Eigentümern jedoch auch, mittels einer Ablösevereinbarung schon vor der Aufhebung des Sanierungsgebiets den Ausgleichsbetrag zu vereinbaren. Der Bezirk räumt ihnen zudem die Möglichkeit ein, die eingezahlten Mittel bis zur Beendigung der Sanierung zur Förderung von Begrünungsmaßnahmen auf dem eigenen Grundstück einzusetzen. Generell werden die Ausgleichsbeträge, die die Kommune bei der Aufhebung der Sanierungsgebiete einnimmt, in die noch bestehenden oder aber in neu aufgelegte Sanierungsgebiete reinvestiert.

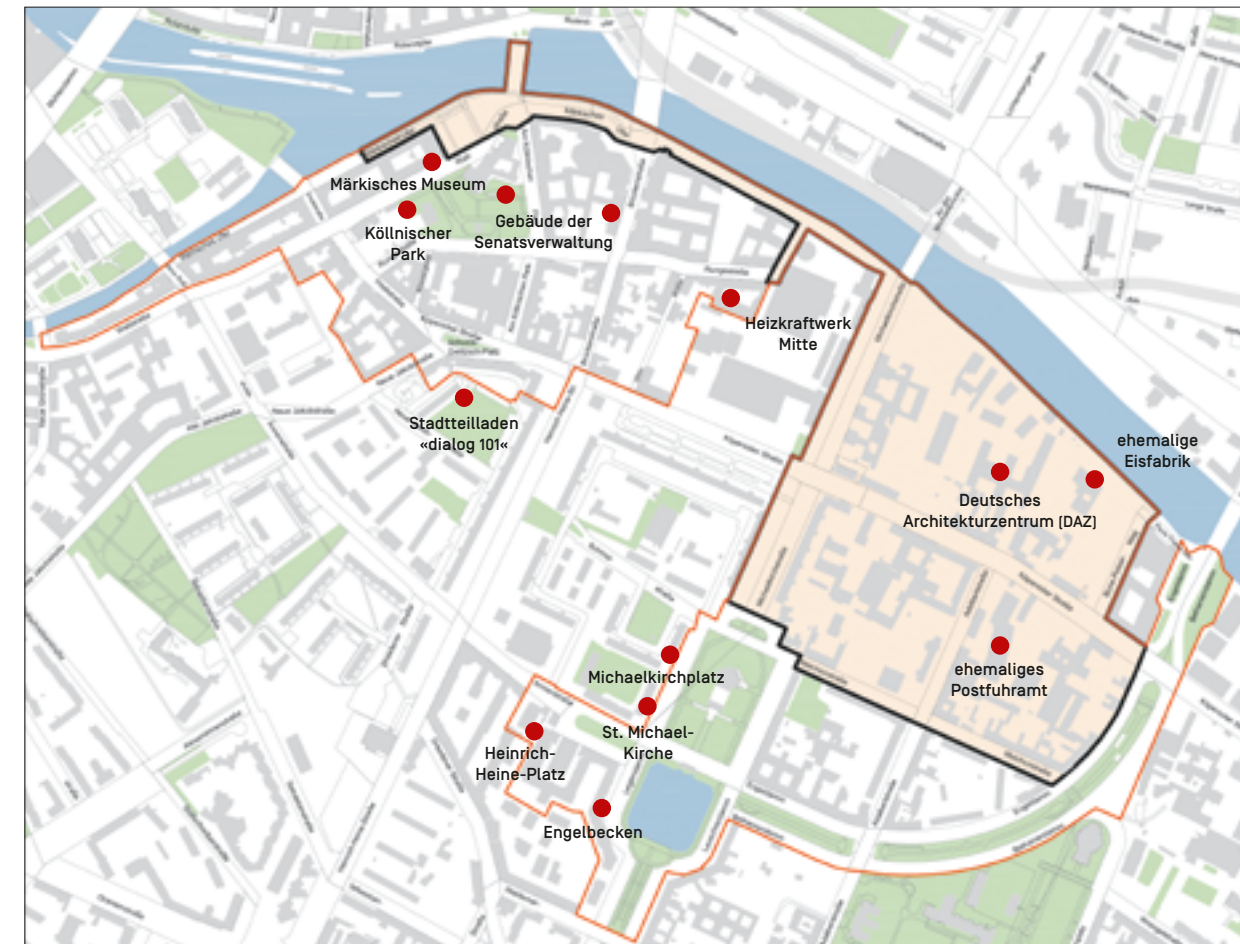
Soweit das grundsätzliche Konstrukt. In der Praxis gibt es jedoch derzeit noch Fragezeichen bei der Berechnung der jeweiligen Ausgleichsbeträge. Ein grundlegendes Problem sind dabei die exorbitanten Bodenwertsteigerungen der letzten zehn bis 15 Jahre insbesondere in der Berliner Innenstadt, die der Gesetzgeber in den 1970er Jahren nicht voraussehen konnte.

Zur Explosion der Bodenpreise haben viele Faktoren beigetragen – das erschwerte es, den »durch die Sanierung bedingten Anteil« herauszufiltern, zumal die Steigerungen nicht nur berlinweit differieren, sondern sogar innerhalb des Bezirks Mitte. In der Nördlichen Luisenstadt etwa hat sich der Bodenrichtwert zwischen 2011 und 2022 etwa zehnfach, ging aber 2024 wieder zurück auf das Sechsfache des Wertes bei der Festsetzung des Sanierungsgebietes. An der Turmstraße lag er 2024 genau fünfmal so hoch wie 2011, erreichte aber 2022 auch schon mehr als das Achtfache. In der Müllerstraße hat er sich seit 2011 mehr als siebenfach, wobei er 2022 schon mal auf mehr als das Zehnfache geklettert war. Was also ist vor allem der Innentadtlage und den Begehrlichkeiten von Investoren geschuldet – und was ist auf die reale Verbesserung des Wohnumfeldes zurückzuführen?

Angesichts dieser neuen Fragestellung hatten sich die Bezirke an die zuständige Senatsverwaltung mit der Bitte um Klärung gewandt – auch deshalb, weil nicht wenige Eigentümerinnen und Eigentümer eine vorzeitige Ablösevereinbarung abschließen wollen. Doch der Senat verwies die Aufgabe letztlich wieder an die Bezirke zurück und desweiteren auf den Gutachterausschuss. Dieses unabhängige Gremium ermittelt jährlich den Bodenrichtwert auf der Grundlage sämtlicher Kaufverträge in der Stadt. Doch auch die Gutachter (Sachverständige wie Bau- oder Vermessungsingenieure, Architekten, Immobilienökonominnen) sind meist nicht mit den Besonderheiten der Sanierungsgebiete vertraut.

Der Bezirk Mitte hat für die Sanierungsgebiete Nördliche Luisenstadt und Turmstraße berlinweit die ersten beiden Anträge auf die Ermittlung der »besonderen Bodenrichtwerte« gestellt. Der Gutachterausschuss ermittelt damit zum ersten Mal den besonderen Bodenrichtwert nach den neuen Ausführungsvorschriften des Landes Berlin. Hierfür wurden ihm vom Bezirk und der Prozesssteuerung der Sanierungsgebiete alle notwendigen Informationen zur Verfügung gestellt.

us



Sanierungsgebiet
Nördliche
Luisenstadt

Erhaltungsbereiche

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und Facility Management: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
Tel 90 18-446 00
ephrain.gothe@ba-mitte.berlin.de

Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiter (komm.): Herr Giebel,
Tel 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Sanierungsverwaltungsstelle
Roland Bleckmann
roland.bleckmann@ba-mitte.berlin.de

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

Referat IV C – Stadterneuerung
Fehrbelliner Platz 4, 10707 Berlin
Johanna Maske (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
johanna.maske@senstadt.berlin.de

Gebietsbetreuung Luisenstadt (Mitte)

Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Ramona Tucholski, Tel 33 00 28 45,
luisenstadt@kosp-berlin.de
www.luisenstadt-mitte.de
Sprechstunde: Dienstag 14–18 Uhr
im Stadtteilladen »dialog 101«

Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt

Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Stadtteilladen »dialog 101«
Ansprechpartner: Volker Hobrack,
Tel 275 47 69, volker.hobrack@gmail.com
bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luise-nord.de

Bürgerverein Luisenstadt

Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
post@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
Bürozeiten: montags 13–17 Uhr

Mieterberatung für Mieter im Sanierungsgebiet und in den Erhaltungsbereichen

Montag, 15–18 Uhr (jeder 1. und 3. Montag mit Rechtsanwältin)
Stadtteilladen »dialog 101«
Köpenicker Straße 101, 10179 Berlin
Kontakt: Mieterberatung Prenzlauer Berg,
Tel 499 08 44 16
www.mieterberatungpb.de



Ch. Eckelt



ECKENSTEHER

Krise? Welche Krise?

Die Diplomatie und das Feuilleton zeichnet es aus, dass sie auch drastische Sachverhalte elegant be- bzw. umschreiben können, weshalb sensible Gemüter beiden Kunstformen zugeneigt sind. So nennt man ein komplett verstörendes, durchgeknalltes Verhalten gern »erratisch« (zu deutsch: verirrt, verschlungen). Man muss sofort an den alten Mann mit dem Hang zu kindischen MAGA-Basecaps denken, der sich gerade Grönland und Kanada zum Frühstück wünscht, um hernach beim Lunch seinem russischen Kumpel die Ukraine tranchierfertig zu servieren, während Europa noch um Worte ringt. Freilich, das war vorauszusehen. Wirklich erratisch daran ist, dass der neue Kumpel ja eigentlich den Westen und insbesondere die USA für seine Dekadenz verdammt (dabei sind beide Männer mit ihrem Hang zu teurem Protz geradezu die Inkarnation der Dekadenz) und der MAGA-Mann bislang den aufrechten Patrioten eingepflichtet hat, dass Kommunisten (also Russen sowie alle, die anders als MAGA denken) der Endgegner sind. Den durchschnittlichen US-Patrioten, der inzwischen jeden Anhänger der Demokraten als Kommunisten sieht, wird der Lunch-Deal trotzdem nicht stören, falls es ihn überhaupt interessiert, was jenseits seiner Tankstelle so vor sich geht. Das Bild des Kommunisten ändert sich also gerade radikal, sogar der Führer soll ja nun einer gewesen sein, wie jüngst aus berufenem Munde zu vernehmen war – da schaute sogar der Patriot Elon Musk etwas überrascht drein.

Angesichts dieses Irrsinns ist man nachgerade fast dankbar, sich zwischendurch den vergleichsweise kuscheligen Besonderheiten des Berliner Lokalgeschehens widmen zu dürfen. Beispielsweise der Verkehrspolitik. So betonte Verkehrssenatorin Ute Bonde erst neulich

wieder, dass auf Berlins Straßen Tempo 50 die Regelgeschwindigkeit bleiben müsse, weil – Sie ahnen es – »der Verkehr fließen muss«. Und Verkehr ist in Berlin immer noch: motorisierter Verkehr. Ein paar Tage später zitierte der Tagesspiegel Christian Haegele, den Leiter der Abteilung Verkehrsmanagement beim Senat, mit der Aussage, dass an Fußgängerüberwegen auch künftig nicht generell Tempo 30 angeordnet werden könne. Begründung: Selbst Tempo 30 könne im Einzelfall zu schnell sein.

Nun könnte man ins Nachdenken kommen, beispielsweise über Bremswege bei Tempo 30 und Tempo 50 speziell vor Zebrastreifen, wenn denn Tempo 50 als Regelgeschwindigkeit gilt – aber tun Sie es bitte nicht, sonst verirren Sie sich auch noch in der erratischen Logik der Verkehrsverwaltung.

Eine geradezu erfrischende Perspektive offenbart der Blick der Verkehrssenatorin auf die Lage des ÖPNV, über dessen Krise die Opposition im Abgeordnetenhaus reden wollte. »Krise? Welche Krise?« fragte die Verkehrssenatorin zurück und befand, es gebe »nichts zu meckern«. Man muss sofort an den knuddeligen Alf aus der 80er-Jahre-TV-Sitcom denken, der gern »Null Problemo« rief, wenn das Chaos gerade eskalierte. Bitte denken Sie daran, wenn Sie sich demnächst wieder bei -8°C und dem hoffnungsvollen Warten auf den Bus / die Bahn ewig die Beine in den Bauch stehen.

In konstruktivem Optimismus übt sich die Senatorin übrigens auch beim Blick auf den Fahrradverkehr: Neue Radverkehrszählungen würden doch die »Attraktivität des Radverkehrs« in Berlin belegen. Zugleich sei der Autoverkehr rückläufig. »Diese Fakten und dazu ein attraktiver ÖPNV zeigen deutlich, dass eine kluge Politik der Angebote besser ist als Restriktionen und Verbote.« Nun würden ja viele Radfahrende stur behaupten, sie führen nicht wegen, sondern trotz der Radwegesituation in Berlin Rad. Und ist jetzt der Autoverkehr rückläufig, weil bei Tempo 50 der Verkehr besser fließt – oder weil man sowieso hoffnungslos im Stau stecken würde?

Egal. Wenn Ihnen all das zu erratisch wird, legen sie einfach mal einen Ruhetag ein. Draußen ist eh gerade Feinstaub-Smog und BVG-Streik.

us